KLIMAWANDEL UND FRIEDENSMEDIATION: DIE NATUR IN VERHANDLUNGEN EINBEZIEHEN[1]

Von Simon J. A. Mason und Olivia Lazard[2]

Der Klimawandel ist eine der grössten Bedrohungen für das menschliche Leben auf der Erde. Er kann Konflikte auslösen, aber auch Zusammenarbeit bewirken. Das Fördern von nachhaltigem Frieden und Klimasicherheit sind zwei der vier thematischen Prioritäten für den Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat 2023–24. Die Querverbindungen zwischen diesen beiden Schwerpunkten sind komplizierter und paradoxer als man zunächst annimmt. Um Synergien nutzen und ein Zuwiderlaufen der Bemühungen vermeiden zu können, muss das Zusammenspiel zwischen dem ökologischen Ansatz und der Mediation geklärt werden.

1. EINLEITUNG

Langfristig betrachtet stehen Klimaschutz und Klimaanpassung einerseits und die Friedensförderung andererseits grundsätzlich im Einklang. Kurzfristig können jedoch bestimmte Ziele, Strategien und Praktiken beider Bereiche miteinander kollidieren. Daher ist ein besseres Verständnis der Zusammenhänge wichtig. Denn wenn zwei Ziele gleichzeitig verfolgt werden, für die jeweils unterschiedliche Akteure zuständig sind, sollte man prüfen, wo die Berührungspunkte liegen und inwiefern sie sich gegenseitig beeinflussen. Dies trifft auf die Bereiche Umweltschutz und Friedensmediation zu, was auch für die Schweiz relevant ist, angesichts den Zielen des Bundes, «zu einem friedlichen Zusammenleben

1 In diesem Kapitel entwickelte Ideen basieren auf Folgendem: Simon Mason / Olivia Lazard, «Climate Change and Conflict Dynamics: Bringing Nature to the Negotiation Table», *Canadian International Institute of Applied Negotiation,* 30.05.2022 (Podcast/Audio). Olivia Lazard, «The blind spots of the green energy transition», TED Talks, 14.06.2022 (Video).

2 Wir bedanken uns beim Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) für die Finanzierung der Forschung im Rahmen des «Mediation Support Project» des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich und swisspeace. Die in dieser Publikation geäusserten Meinungen, Interpretationen und Schlussfolgerungen sind die persönlichen Ansichten der AutorInnen und geben nicht unbedingt die Ansichten der beteiligten Institutionen wieder.

der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen»[3] beizutragen.

Forschungsarbeiten zu den Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Friedensmediation haben ergeben, dass die Erderwärmung das Risiko von Konflikten und Gewalt in Regionen verstärken kann, in denen ohnehin fragile Verhältnisse und eine schwache Regierungsführung vorherrschen. Daher sehen viele Fachleute den Klimawandel als «Risikomultiplikator» in fragilen Kontexten. Klimabedingte Phänomene haben in den letzten Jahren schneller als erwartet zugenommen. Die Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigen bereits heute überproportional die Existenzgrundlagen der etwa 1,5 Milliarden Menschen, die in fragilen Kontexten leben. Je nach Regierungsstrukturen, dem Ausmass ausbeuterischer Verhältnisse und sozialem Gefüge in den Gemeinschaften kann dies zu gewaltsamen Konflikten führen.

Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikten sind jedoch multidirektional und gehen über diesen Aspekt hinaus. So hat die Forschung Gebiete identifiziert, deren vorrangiger Schutz von globalem Interesse ist und die geschützt werden müssen, um die ökologische und klimatische Stabilität weltweit zu erhalten. Dazu gehören zum Beispiel das Kongo- und Amazonasbecken, die Feuchtgebiete Asiens sowie Gebiete mit grosser biologischer Vielfalt wie Madagaskar. Diese Gebiete überschneiden sich jedoch oftmals mit den Gegenden, in denen Mineralien vorkommen, die für grüne Technologien zur Eindämmung des Klimawandels unerlässlich sind. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt eines neuen Wettlaufs um Ressourcen zwischen China, der EU, den USA und anderen hoch industrialisierten Ländern – ein Wettlauf, der zu mehr gewaltsamen Konflikten führen kann.[4]

Das Zusammentreffen von drei Herausforderungen – die Auswirkungen des Klimawandels auf fragile Kontexte; die Notwendigkeit, bestimmte Ökosysteme im Sinne der Klimastabilität zu schützen sowie der Wettlauf um Mineralien für grüne Technologien – zeigt, dass wir den Zusammenhang zwischen gewaltsamen Konflikten und ökologischen Störungen systemisch betrachten müssen. Weiter muss betrach-

3 Bundesrat, *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,* 13.02.2022, Art. 54, 2.

4 Julian Kamasa, «Geopolitische Dimensionen der Energiewende», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* 308 (2022).

tet werden, wie internationale Reaktionen auf den drohenden Klimakollaps die Anfälligkeit für Konflikte beeinflussen. Umgekehrt gilt es darüber nachzudenken, wie Klimamassnahmen und Friedensmediation einander dienen können. In diesem Kapitel werden daher auch Ideen wie die ökologische Erneuerung untersucht, die dazu beitragen können, zugleich die Konfliktfaktoren wie auch die Klimadynamik anzugehen.

Was wird unter der Förderung der Ökologie[5] und der Förderung des Friedens verstanden? Als Förderung der Ökologie gelten Bemühungen, die darauf abzielen, nicht-schädliche Beziehungen zwischen Leben und physischer Umgebung zu stärken. Dies umfasst die Eindämmung des Klimawandels, geht aber auch darüber hinaus, zum Beispiel durch Bemühungen zur Verbesserung der ökologischen Integrität eines Systems, beispielsweise eines Wassereinzugsgebiets. Ziel wären dabei ausgeglichene und sich selbst regulierende Wechselwirkungen zwischen Boden, Wasser und biologischer Vielfalt in einem bestimmten Kontext. Auf eher systemischer Ebene bedeutet die Förderung des ökologischen Friedens, die sozio-wirtschaftliche Aktivität der menschlichen Zivilisationen wieder in Grenzen[6] zurückzudrängen, die Umweltverträglich sind, um das Überleben und die Würde der Menschen sowie die Widerstandsfähigkeit der Zivilisationen zu sichern. Zur Friedensförderung[7] und der Verbesserung der Sicherheit[8] gehören sowohl Bemühungen zur Beendigung direkter Gewalt (negativer Frieden) als auch Bemühungen zur Bewältigung der Probleme und Streitfragen, welche der Gewalt zugrunde liegen (positiver Frieden). Bei der Friedensförderung geht es darum, institutionelle Mechanismen zur gewaltfreien Beilegung von Konflikten zu entwickeln. Die Mediation ist eine unter vielen Methoden der Friedensförderung.

Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikten sind multidirektional.

5 United Nations, *Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future,* 1987.

6 Stockholm Resilience Center, «Planetary Boundaries», stockholmresilience.org.

7 Johan Galtung, «Three Approaches to Peace: Peacekeeping, Peacemaking, and Peacebuilding» in: *Peace, War and Defense:* Essays in Peace Research, Vol II (1976), S. 297–298.

8 Für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit, beispielsweise menschlicher Sicherheit, siehe: United Nations Development Programme, *Human Development Report,* 1994.

Dieses Kapitel zielt darauf ab, diese Querverbindungen und die möglichen Zielkonflikte zwischen der Förderung der Ökologie und der Förderung des Friedens besser zu verstehen. Wir konzentrieren uns dabei auf den Klimawandel, da dieser Megatrend inzwischen alle Politikbereiche betrifft, also auch Fragen von Frieden und Sicherheit. Dies lässt sich unter anderem an der steigenden Zahl von Forschungsarbeiten und Politik-Beratungspublikationen ablesen.[9] In einem ersten Abschnitt wird auf die drei sich überlagernden Herausforderungen im Zusammenhang mit Klimawandel und Konflikten eingegangen: 1) die Auswirkungen des Klimawandels auf Konflikte; 2) die Auswirkungen von Klimaschutzmassnahmen auf Konflikte; 3) die Auswirkungen von Konflikten auf Klimaschutzmassnahmen.

Im nächsten Abschnitt wird das zentrale Argument dargelegt, wonach friedensfördernde Massnahmen für eine wirksame Eindämmung des Klimawandels und für die Anpassung an ihn von entscheidender Bedeutung sind. Da jedoch einige Grundsätze der Förderung des Friedens möglicherweise im Widerspruch zu einigen Grundsätzen der Förderung der Ökologie stehen, müssen die beiden Ansätze aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus dürfte die Umsetzung der in diesem Papier erörterten Ansätze in die Praxis zu wichtigen Innovationen im Bereich des Friedens und der Mediation selbst sowie der ökologischen Wiederherstellung führen.

In einem letzten Abschnitt werden dann einige der Arbeitsprinzipien des ökologischen Ansatzes zur Förderung der ökologischen Integrität und des Mediationsansatzes zur Förderung von Frieden und Sicherheit näher beleuchtet. Dabei wird gezeigt, wie die beiden Ansätze sich im Allgemeinen gegenseitig unterstützen, mitunter aber auch kol-

9 United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs, *The Implications of Climate Change for Mediation and Peace Processes: DPPA Practice Note,* September 2022. Richard Black et al., *Environment of Peace: Security in a New Era of Risk* (Stockholm: SIPRI, 2022). Oli Brown, «Oslo Forum Reflections: Heating up: Mediation and climate change – Oslo Forum Reflections», hdcentre.org, 08.07.2019. European Institute of Peace, *Making Peace with the Climate: Conflict Resolution in a Climate-Changing World,* November 2020. Alexander Grybowksi / Chanda Hunnie, «Mediation Peace with Climate Change: Integrating Mitigation and Adaptation into Peace Processes», *United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs,* Oktober 2021. Tobias Ide et al. «The past and future(s) of environmental peacebuilding», in: *International Affairs* 97(1) (2021), S. 1–16. Olivia Lazard / Richard Youngs, «The EU and Climate Security: Toward Ecological Diplomacy», *Carnegie Europe,* 12.07.2021.

lidieren. Im vierten Abschnitt geht es um die Frage, wie sich mit solchen Kollisionen konstruktiv umgehen lässt. Im fünften und letzten Abschnitt werden einige der Folgen für die Schweiz im Hinblick auf die UNO und ihre Aussen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen erörtert.

2. HERAUSFORDERUNGEN IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND KONFLIKTEN

Vereinfacht gesagt, sind Klimawandel und Konflikte auf drei Arten miteinander verknüpft. Diese zu unterscheiden und zu erkennen, erleichtert das Verständnis dafür, welche Art von Massnahmen zur Förderung von Ökologie und Frieden in welchem Kontext erforderlich sind.

Erstens: Die Folgen des Klimawandels können Konflikte beeinflussen. Die Folgen des Klimawandels wie Dürren, Überschwemmungen, Hitzewellen und andere Extremwetterereignisse können Konflikte verschärfen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn der Klimawandel sich auf die Lebensgrundlagen und Migrationsmuster von Menschen auswirkt, die in einem fragilen Umfeld leben.[10] Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Konflikten komplex. Da der Zusammenhang von Regierungsführung und Konfliktmanagement geprägt ist, fällt er mal direkt, mal indirekt aus. Eine Zunahme an Klimastörungen führt also nicht notwendigerweise zu gewaltsamen Konflikten. Wenn die Veränderungen jedoch zu abrupt oder in einem Ausmass eintreten, an das Gesellschaften sich nur schwer anpassen können, kann es zu Gewaltausbrüchen kommen. Darüber hinaus können Klimastörungen lang andauernde Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die Bereitstellung staatlicher Dienstleistungen haben. Die finanziellen Auswirkungen beeinträchtigen die Fähigkeit staatlicher Akteure, Fragilitäten oder Entwicklungsprobleme, die in Konflikte münden können, anzugehen. Je stärker Klimakatastrophen das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und der Bevölkerung verschlechtern, desto eher werden Akteure gestärkt, die die Legitimität des Staates in Frage stellen. Darüber hinaus kann der Klimawandel globale Dynamiken wie den Nahrungsmittelhandel beeinflussen. Dies kann es Gesellschaften in fragilen Kontexten erschwe-

10 Malin Mobjörk / Florian Krampe / Kheira Tarif, «Pathways of Climate Insecurity: Guidance for Policymakers», in: *SIPRI Policy Brief* (2020).

ren, Resilienzmechanismen zu entwickeln. Wenn die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel in die Höhe schnellen, hat dies Folgen für Länder, die von entsprechenden Importen abhängig sind.

Aus den Auswirkungen des Klimawandels auf Konflikte ergeben sich folgende Aspekte: 1) Die von den UNO-Klimakonferenzen angestrebte Eindämmung des Klimawandels kann dazu beitragen, dieses Problem zu minimieren. 2) Bei der Friedensförderung in fragilen Kontexten müssen Möglichkeiten zur Bewältigung der Klimawandelfolgen berücksichtigt werden. 3) Die Klimaanpassung erfordert auch globale Rechtsrahmen, zum Beispiel für den Nahrungsmittelhandel. 4) Da die Auswirkungen des Klimawandels in fragilen Kontexten unverhältnismässig stark zu spüren sind, während die CO_2-Emissionen hauptsächlich im Globalen Norden produziert werden, muss der Norden die Verantwortung für die CO_2-Überproduktion tragen. Eine mögliche Konsequenz sind neue Förderprogramme, die das Ungleichgewicht teilweise beheben und unter Umständen auch die Friedensförderung mitfinanzieren können.

Zweitens: Der Klimaschutz kann zu mehr Konflikten führen. Bemühungen um Klimaschutz und Klimaanpassung können Konflikte verschärfen, wenn beispielsweise Mineralien für grüne Technologien, wie Kobalt, Nickel und Coltan, in Konfliktgebieten wie der Demokratischen Republik Kongo abgebaut werden.[11] Dieser Abbau dient zwar dem Klimaschutz, da er die Dekarbonisierung erleichtert, kann aber auch bewaffnete Konflikte als Teil des geopolitischen Wettlaufs um Ressourcen zwischen grossen geopolitischen Akteuren verschärfen.[12] Um die Klimaerwärmung in Grenzen zu halten, müssen die Gesellschaften ihren CO_2-Ausstoss verringern und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen minimieren. Dafür sind allerdings diese Mineralien erforderlich. Die Art und Weise, wie auf diese Ressourcen zugegriffen wird, ist jedoch von entscheidender Bedeutung.[13] Die Politik der EU, welche sich vorgenommen hat, ab 2035 in Europa nur noch Neufahrzeuge mit Elektroantrieb zuzulassen, ist gut für das Klima, könnte aber bei schlechter

11 Lazard/Youngs, *The EU and Climate Security: Toward Ecological Diplomacy.* Kamasa, *Geopolitische Dimensionen der Energiewende.*

12 Lazard, *The blind spots of the green energy transition.*

13 Kamasa, *Geopolitische Dimensionen der Energiewende.*

Umsetzung gewaltsame Konflikte auslösen.[14] Ideen für eine konfliktarme Bewirtschaftung solcher Ressourcen können aus anderen Sektoren übernommen werden: So gibt es in der Diamanten- und Erdölgewinnung globale Zertifizierungs- und Transparenzinitiativen wie den Kimberley-Prozess oder die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI). Langfristig kann es zu neuen «Verlierern» und «Gewinnern» kommen, etwa wenn Erdölstaaten ihre Kohlenstoffressourcen aufgebraucht haben oder der Welthandelspreis drastisch nachgibt. Länder, die reich an seltenen Mineralien sind, können davon profitieren, sofern sie die Einnahmen vernünftig einsetzen; andernfalls droht ihnen wirtschaftlich Stagnation und eine Gefährdung der Demokratie – sprich das «*resource curse*»-Phänomen.

Auch im Globalen Norden dürften die Herausforderungen zunehmen. Dies etwa, wenn Länder versuchen, den CO_2-Ausstoss zu verringern, indem sie beispielsweise die Kraftstoff- und Energiepreise durch Steuern erhöhen und die Bevölkerung zu einem nachhaltigeren Konsum animieren. Aufgrund der stabilen staatlichen Strukturen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Länder ist es eher unwahrscheinlich, dass eine solche Politik zu gewaltsamen Konflikten führt. Gesellschaftliche Spannungen und Polarisierung sind aber durchaus möglich. Die Proteste der «*gilets jaunes*», welche sich 2018 und 2019 in Frankreich gegen höhere Kraftstoffpreise[15] richteten, sowie die Proteste niederländischer Landwirte 2022 gegen Massnahmen zur Senkung der Stickstoffemissionen[16] könnten Vorboten künftiger Spannungen sein.

Aus den Auswirkungen des Klimaschutzes auf Konflikte ergeben sich folgende Aspekte: 1) Die Notwendigkeit eines globalen Rahmenwerks, welches den Wettstreit um die für grüne Technologien benötigten Mineralien reguliert. Dabei sollten Erfahrungen, etwa aus dem Kimberley-Prozess und der EITI einfliessen. In diesem Politikbereich könnte die UNO eine Rolle spielen, da er Umweltfragen mit Frieden und Sicherheit verbindet. 2) Die konsensorientierten Methoden der Frie-

14 Christine Eriksen / Andrin Hauri, «When Crises Collide: Energy, Security, Climate Change», in: *CSS Policy Perspectives* Vol. 10/8 (2022).

15 Angelique Chrisafis, «Who are the gilets jaunes and what do they want?», *The Guardian,* 07.12.2018.

16 Anna Holligan, «Why Dutch farmers are protesting over emissions cuts», *BBC News,* 29.07.2022.

densförderung könnten auch im Globalen Norden eingesetzt werden, um Umweltpolitik so voranzutreiben, damit die Bevölkerungen nicht aufgebracht, sondern mit ins Boot geholt werden.

Drittens: Gewaltsame Konflikte können sich auf den Klimaschutz auswirken. Die Forschung hat Biome[17] und Ökosysteme identifiziert, die für die ökologische Stabilität unseres Planeten und für die Minimierung der Klimawandelfolgen besonders wichtig sind. Diese Gebiete befinden sich grösstenteils in fragilen Kontexten und Konfliktzonen, wie zum Beispiel im Amazonas- und im Kongobecken[18] Ohne die Bewältigung oder Lösung von Konflikten in diesen Gebieten wird es kaum möglich sein, das Weltklima nachhaltig zu stabilisieren oder den Zusammenbruch der Artenvielfalt zu verhindern. Friedensförderung dient also nicht «nur» den Menschen, die in solchen Gebieten leben. Sie ist auch von weltweitem Interesse und Nutzen, denn sie stellt eine Voraussetzung für die Verbesserung der globalen ökologischen Stabilität dar. Diese ist für alle Menschen rund um den Globus notwendig. Friedensförderung im Süden sollte daher auch aus Eigennutz für Gesellschaften im Norden geschehen. Als weitere Herausforderung kommt hinzu, dass in Gebieten, in denen eine ökologische Wiederherstellung von grösster Bedeutung ist, sehr häufig auch Mineralien für grüne Technologien vorkommen. In denjenigen Gebieten, in denen eine Friedensförderung am dringendsten ist, um eine ökologische Wiederherstellung zu ermöglichen (und umgekehrt), ist also aufgrund des Wettlaufs um Mineralien für grüne Technologien auch häufig mit mehr Konflikten zu rechnen. Diese Regionen entsprechen auch weitgehend denjenigen Gebieten, die bereits jetzt unter schwacher Regierungsführung und überproportional unter den Folgen des Klimawandels leiden. Es handelt sich also um drei sich überlagernde Herausforderungen.

Daraus ergeben sich folgende Erkenntnisse: 1) Friedensförderung ist notwendig, um diejenigen Regionen zu stabilisieren, die für das globale Klima und die ökologische Stabilität eine tragende Rolle spielen. 2) Die Bedürfnisse, Werte und Perspektiven der dort lebenden Menschen

17 Ein grosses Gebiet, das durch die dort lebenden Arten, Vegetation, Klima, Boden und Tierwelt geprägt ist.

18 Bernardo Strassburg et al., «Global priority areas for ecosystem restoration», in: *Nature* 586 (2020), S. 724–729.

müssen berücksichtigt werden. Die Friedensförderung muss sich daher um die Stärkung von Regierungsstrukturen bemühen, die von der Bevölkerung als legitim betrachtet werden.[19] Derzeit haben Bevölkerungsgruppen, die wichtige Ökosysteme schützen könnten, aus verschiedenen Gründen oftmals keinen echten Anreiz dazu: Entweder kämpfen sie um ihr Überleben, oder sie sind in Konfliktwirtschaften gefangen, die natürliche Ressourcen ausbeuten, oder sie sehen sich wirtschaftlich gezwungen, Ökosysteme in «produktive» Landschaften umzuwandeln. Für die Mediation und die Schaffung internationaler Rahmenbedingungen zur Konfliktlösung ist es wichtig zu verstehen, wie mithilfe von Anreizen sowohl ein Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen, die einer Konfliktlösung bedürfen, als auch zwischen diesen Bevölkerungsgruppen und der Natur hergestellt werden kann. 3) Die Energiewende führt derzeit zu einem neuen Wettlauf um Ressourcen, der zusätzlichen Druck auf fragile und konfliktbetroffene Regionen ausüben wird. Dies wird einen unmittelbaren Einfluss auf nachhaltige Bemühungen zur Friedensförderung haben.

Die Schlüsselfrage ist nicht ob, sondern wie der Übergang zu einer stärkeren Dekarbonisierung gehandhabt wird.

Wird der Umweltschutz, zum Beispiel in Form grüner Technologien, vorangetrieben, ohne mögliche Auswirkungen auf Konflikte, wie etwa den Wettlauf um die dafür benötigten Ressourcen, ausreichend zu berücksichtigen, ist dies ein kurzsichtiger Ansatz. Probleme werden dadurch in andere Regionen verlagert. Wird allerdings auf grüne Technologien und Dekarbonisierung verzichtet, ist dies ebenfalls kurzsichtig: Das Problem wird auch hier externalisiert, was in Gebieten, die ohnehin unter den Folgen des Klimawandels leiden, weltweit zu mehr Konflikten führen kann. Strukturelle Übergänge, die das Überleben auf diesem Planeten sichern sollen, sind daher unvermeidlich und notwendig. Sie werden vermutlich mit einem gewissen Mass an Konflikten einhergehen. Unklar ist, ob diese Konflikte gewaltsam sein werden. Die Schlüsselfrage ist nicht ob, sondern wie der Übergang zu einer stärkeren Dekarbonisierung von den Hauptakteuren gehandhabt werden wird. Das

19 Dekha Ibrahim Abdi / Simon Mason, *Mediation and Governance in Fragile Contexts: Small Steps to Peace* (Boulder: Lynne Rienner, 2019).

«Wie» ist nicht nur entscheidend für einen erfolgreichen ökologischen Übergang, sondern auch dafür, dessen negative Begleiterscheinungen, wie etwa gewaltsame Konflikte und stark polarisierte Gesellschaften, zu minimieren.

3. DER ÖKOLOGISCHE UND DER FRIEDENSFÖRDERNDE ANSATZ

Wie können Fachleute und politische Entscheidungstragende das Bewusstsein für die zuvor analysierten Zusammenhänge so schärfen, dass Synergien zwischen der Friedensförderung einerseits und dem Umweltschutz anderseits genutzt und negative Kollisionen minimiert werden? Dazu müssen zahlreiche Akteure einbezogen werden: vom staatlichen Sektor über den privaten Sektor bis hin zu Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft im weiteren Sinne. Vor diesem Hintergrund wird sich dieser Abschnitt auf die Zusammenarbeit zwischen Friedensförderung und Umweltschutz innerhalb des staatlichen Sektors konzentrieren, da dieser den anderen Sektoren als Beispiel dienen kann. Bevor die Synergien und Widersprüche zwischen Friedensarbeit und Umweltschutz untersucht werden, müssen zunächst die beiden Ansätze getrennt und in vereinfachter Form vorgestellt werden.

Erstens: der ökologische Ansatz. Im Bemühen um eine grössere ökologische Integrität wird argumentiert, dass die politisch-wirtschaftlich-sozialen Systeme mit den ökologischen Systemen, namentlich Boden, Artenvielfalt und Wasser, in Einklang gebracht werden müssen. Andernfalls leidet entweder das Ökosystem oder das menschliche System, möglicherweise sogar beide. Die Länder eines gemeinsamen Flussgebiets – wie die elf Länder des Nilbeckens – bewirtschaften das Wasser zum Beispiel weitgehend entsprechend ihren nationalen politischen Grenzen. Doch das Wasser setzt sich über diese politischen Grenzen hinweg. Verschlechtern sich Wasserqualität oder -menge in einem Land, so beeinflusst dies die Wassermenge und -qualität in einem anderen Land. Darüber hinaus können sich verändernde regionale und globale Niederschlagsmuster – etwa durch Abholzung im Kongo oder eine klimabedingte Veränderung des Golfstroms – auch auf lokale Niederschläge auswirken, in diesem Beispiel in Äthiopien. Von der dortigen Wasserverfügbarkeit hängt wiederum ab, wie viel Wasser in den Sudan und nach Ägypten fliesst. Es besteht also eine Diskrepanz zwischen

menschlichen Systemen, die natürliche Ressourcen nutzen und bewirtschaften, einerseits und ökologischen Systemen andererseits, die durch menschliches Verhalten geformt und beeinflusst werden. Ein ökologisch integrativer Ansatz würde nicht versuchen, all diese Faktoren auf einmal anzugehen, sondern die möglichen Zusammenhänge genauer analysieren. Dies ist beispielsweise möglich durch Modellierung, Analyse grosser Datenmengen, Klimawandel-Szenarien und Fernerkundung als Grundlage für eine evidenzbasierte politische Entscheidungsfindung.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen friedensschaffende und friedensfördernde Mandate ökologische Dimensionen beinhalten. Andernfalls könnte ein Auseinanderdriften der menschlichen und ökologischen Systeme die Folge sein. Entsprechend besteht das Ziel darin, das Umweltbewusstsein bei Konfliktanalyse und Prozessgestaltung zu stärken und so ökologische Realitäten in ein mögliches Friedensabkommen einzubetten. Durch den stärkeren Einbezug der Umwelt in die Verhandlungen soll ein dauerhafterer Frieden ermöglicht werden. Kurzsichtige Vereinbarungen, die Klimafragen ausser Acht lassen, könnten langfristig zu einem Wiederaufflammen der Konflikte führen. So muss bei der Vereinbarung von Grenzen und Landbesitzrechten im Rahmen eines Friedensabkommens zur Beilegung eines Konflikts in der Sahelzone (zum Beispiel im Tschad, der Zentralafrikanische Republik, Mali und Somalia) berücksichtigt werden, dass ein rascher Klimawandel die Vegetationszonen verändern kann. An Friedensprozessen beteiligte MediatorInnen oder Fachleute müssen also Wege finden, um Umweltbelange aktiv in die Verhandlungen einzubringen. In einem anderen, aber verwandten Kontext wie der Aushandlung von Handelsverträgen beispielsweise zwischen China und der EU oder der Schweiz und Indonesien, müssten nicht nur die Menschenrechte, sondern auch ökologische Standards berücksichtigt werden.

Zweitens: der Mediationsansatz. Die UNO definiert Mediation als einen Prozess, bei dem eine dritte Partei zwei oder mehr Parteien mit deren Einverständnis dabei unterstützt, einen Konflikt zu verhindern, zu bewältigen oder zu lösen, indem sie ihnen hilft, für alle Seiten akzeptable Einigungen zu erzielen.[20] Dabei ist wichtig, zwischen «Prozess» und «Inhalt» zu unterscheiden. Der Grundgedanke der Mediation

20 United Nations, *Guidance for Effective Mediation*, 2012.

ist, dass MediatorInnen den Konfliktparteien helfen, eine Einigung zu erzielen, indem sie sie bei der Gestaltung des Prozesses – dem «Wie» – unterstützen, den Inhalt – das «Was» – aber den Konfliktparteien überlassen. Dies gibt den Parteien Autonomie – eine Grundvoraussetzung dafür, dass sie die Mediation überhaupt akzeptieren. Da MediatorInnen sich von Entscheidungen zu inhaltlichen Fragen fernhalten sollen, kann es problematisch sein, wenn sie versuchen, Umweltfragen in Verhandlungen und Friedensabkommen zu verankern. Es entspricht nicht der Rolle einer Mediatorin oder eines Mediators, ökologische Inhalte in den Prozess einzubringen, wenn dies nicht von den Parteien verlangt wird. Weiterhin lässt sich einwenden, dass die Länder der internationalen VermittlerInnen in der Regel stärker für den Klimawandel verantwortlich sind als die Konfliktparteien in fragilen Kontexten. Wenn sie Fragen des Klimawandels ansprechen, kann es sein, dass sie ihr unparteiisches Mandat überschreiten, einen Konflikt zu sehr mit technischen Aspekten belasten, die komplexen Konfliktursachen zu sehr vereinfachen, internationale Interventionen legitimieren, nationale Regierungen von ihrer Verantwortung freisprechen oder als belehrend empfunden werden.[21] Solche Argumente waren nach der Aussage vom damaligen UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon im Jahr 2007 über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Darfur-Konflikt zu vernehmen.[22]

Für MediatorInnen ist es schwierig, Klimafragen anzusprechen, wenn die Parteien ökologische Aspekte eines Konflikts nicht selbst erkennen.

Es ist also für MediatorInnen schwierig, Klimafragen anzusprechen, wenn die Parteien den ökologischen Aspekt eines Konflikts nicht selbst erkennen. Aus diesem Blickwinkel ist es entscheidend, wie die Parteien die Auswirkungen des Klimawandels konkret sehen und wie man ihnen helfen kann, in diesen Fragen eine Einigung zu erzielen. Der Ansatz der Mediation besteht daher darin, das Verfahren nicht mit weiteren

21 Declan Butler, «Darfur's climate roots challenged», in: *Nature* 447, 1038 (2007). Mark Maslin, «Climate change is not a key cause of conflict, finds new study», *The Conversation,* 24.04.2018.

22 «Amid the diverse social and political causes, the Darfur conflict began as an ecological crisis, arising at least in part from climate change» Zitat aus: Ban Ki-moon, *A Climate Culprit In Darfur,* United Nations, 16.06.2007.

Inhalten zu überfrachten, die den gesamten Prozess verkomplizieren und sogar gefährden könnten. Dies wäre weder den Parteien noch der Umwelt dienlich. Dies kann jedoch bedeuten, dass ökologische Realitäten unberücksichtigt bleiben, wenn die Parteien keinen Nutzen darin sehen. Den MediatorInnen stehen allerdings bestimmte Instrumente zur Verfügung. Zunächst lassen sich durch die Fragen, die in der Konfliktanalyse der Vorverhandlungsphase mit den Parteien erörtert werden, Umweltaspekte aufwerfen. Indem erörtert wird, welche Umweltfaktoren für die Instabilität verantwortlich sind, besteht die Chance, dass die Parteien Aspekte berücksichtigen, die für sie zunächst nicht im Vordergrund standen, aber dennoch Potenzial für kreative Verhandlungen bergen. Ist dies der Fall, können die MediatorInnen von den Parteien beauftragt werden, Fachleute hinzuzuziehen, die den beteiligten Parteien helfen, die Umweltaspekte – je nach Gestaltung des Prozesses – getrennt oder gemeinsam zu untersuchen.

Synergien: Wie oben erwähnt, gibt es zwischen der Arbeit für den Frieden und der für den Umweltschutz offensichtliche Synergien. So können beispielsweise Friedensvereinbarungen, die die ökologischen Realitäten ausser Acht lassen, lokal und – aufgrund der zunehmenden ökologischen Instabilität – auch global zu ökologischen Verwerfungen führen. Dies wiederum kann mittel- und langfristig zu einem Wiederaufflammen von Konflikten führen. Aus humanitären Gründen kann es notwendig sein, zunächst die direkte Gewalt durch Waffenstillstände und Friedensabkommen zu beenden. Dies schafft Raum für politische Verhandlungen in einem Friedensprozess oder in anderen politischen Formaten, in deren Rahmen dann die strittigen Fragen, die der Gewalt zugrunde liegen, also auch Umweltbelange, angegangen werden können. Die Herbeiführung eines sogenannten negativen Friedens ebnet somit den Weg für einen positiven und ökologisch haltbaren Frieden. Letztlich wird ein Frieden nur von Dauer sein, wenn er auch ökologische Aspekte berücksichtigt. Ökologische tragbare Veränderungen wiederum werden nur stattfinden, wenn sie die Konfliktdynamiken berücksichtigen.

Kollisionen: Der oben beschriebene Idealtypus der beiden Ansätze weist auch auf mögliche Kollisionen hin. Werden Friedensvermittlungsprozessen und Vereinbarungen ökologische Aspekte aufgezwungen, läuft man Gefahr, diese zu überladen und somit zum Scheitern zu

bringen. Die Durchsetzung ökologischer Belange kann mitunter auch als normativer Imperialismus des Westens empfunden werden. In einigen Fällen wurde sie auch als Mittel zur Technisierung eines Konflikts gewertet, bei der nationale Akteure aus der Verantwortung genommen und ausländische Interventionen legitimiert werden, wie oben im Zusammenhang mit Darfur erwähnt. Eine starke Fokussierung auf ökologische Aspekte wird bisweilen auch als zu starke Vereinfachung der vielfältigen Konfliktursachen, insbesondere der Rolle der Regierungsstrukturen, kritisiert. Dadurch können wichtige Themen übersehen, ein Friedensprozess verhindert und Konflikte eskaliert werden. Im verwandten, aber anders gelagerten Bereich der gewaltlosen Konflikte kann das Vorantreiben ökologischer Aspekte – in globalen Politikformaten wie den UNO-Klimagipfeln, auf regionaler Ebene wie in der EU oder auf nationaler Ebene wie in der Schweiz – ebenfalls zu einer Zunahme der Spannungen führen. Was insbesondre der Fall ist, wenn es ohne ausreichendes Verständnis der Perspektiven, Verantwortlichkeiten, Kapazitäten und Macht der verschiedenen Akteure erfolgt. Dies könnte dazu führen, dass Akteure unnötig gegeneinander aufgebracht werden und dann Fortschritte in Richtung einer ökologischeren Politik und Praxis blockieren.

4. WEITERE ENTWICKLUNG

Bis hierhin konnte erkannt werden, dass sowohl die Förderung der Ökologie als auch die Förderung des Friedens notwendig sind. Das Zusammenspiel dieser beiden Aspekte ist allerdings heikel. Bei einer ungünstigen Herangehensweise können Kollisionen und gegenseitige Blockaden die Synergien und den beiderseitigen Nutzen zunichtemachen. Wie also können die zentralen Akteure Synergien maximieren und potenzielle Kollisionen bewältigen? Im Folgenden sind einige erste Ideen für das Vorgehen aufgeführt. Dabei geht es weniger darum, einen umfassenden Überblick zu geben, als vielmehr die vielfältigen Möglichkeiten zu veranschaulichen, wie diese Ansätze zusammengeführt werden können.

Zu Hause beginnen: Dieser Ansatz ist entscheidend, um bei der Arbeit in Konfliktgebieten, die vom Klimawandel betroffen sind, eine gewisse Glaubwürdigkeit zu erlangen. Die Unterzeichner der Klimarahmenkonvention und generell alle industrialisierten Länder müssen zunächst

ihre Hausaufgaben machen, und ihre eigenen Emissionen reduzieren. Die auf den Klimagipfeln eingegangenen politischen Verpflichtungen müssen unbedingt eingehalten werden. Der Emissionshandel und der Schutz von Gebieten, deren vorrangiger Schutz von globalem Interesse ist, sind wichtig, dürfen aber nicht dazu benutzt werden, die Aufmerksamkeit von notwendigen Massnahmen im eigenen Land abzulenken. Zu diesen möglichen Massnahmen gehören unter anderem eine Verringerung der Emissionen durch Gesetzesvorschriften, Steuersysteme oder Massnahmen zur Förderung eines geringeren Fleischkonsums und einer nachhaltigeren Landwirtschaft.[23]

Ökologische Konfliktanalyse: Friedensstiftende und vermittelnde Parteien profitieren davon, wenn sie ökologische Aspekte in die Konfliktanalyse einbeziehen, unabhängig davon, ob diese Aspekte im Friedensprozess eine Rolle spielen sollen. Dabei benötigen sie möglicherweise Unterstützung durch Umweltexpertinnen und -experten. Diese sollten auch die Konfliktakteure in einer für diese akzeptable Weise unterstützen. Die Konfliktanalyse ist die Grundlage für die Prozessgestaltung, da ökologische Überlegungen Auswirkungen auf Akteure und Inhalte eines Prozesses haben können. Deshalb müssen Mediatorinnen und Mediatoren lernen, welche ökologischen Zusammenhänge welche Auswirkungen haben könnten. Nur so können sie die Relevanz ökologischer Aspekte für den jeweiligen Konflikt beurteilen.

Gestaltung des Friedensprozesses: Auf dem Weg zunächst vom Krieg zu einem negativen Frieden, dann zu einem positiven Frieden und schliesslich zu einem sowohl nachhaltigen als auch ökologischen Frieden müssen MediatorInnen, Akteure der Friedensförderung und Konfliktparteien überlegen, was im jeweiligen Mediationsprozess am sinnvollsten berücksichtigt werden sollte. Dies hängt nicht nur mit dem Ziel und den Beteiligten zusammen[24], sondern auch damit, welche Aspekte bei diesem spezifischen Prozess besser aussen vor gelassen werden, da sie auf anderer Ebene, in anderem Format, in einer anderen Phase und von anderen Akteuren angemessener angegangen werden können. Au-

23 Adrian Muller, «Benefits of Organic Agriculture as a Climate Change Adaptation and Mitigation Strategy for Developing Countries», in: *Environment for Development, Discussion Paper Series* (2009); IFOAM Organics Europe, «Organic agriculture and its benefits for climate and biodiversity», April 2022.

24 Abdi/Mason, *Mediation and Governance in Fragile Contexts: Small Steps to Peace.*

sserdem muss beurteilt werden, wie die verschiedenen Prozesse zusammenpassen. Bei dieser umfassenderen Analyse der verschiedenen Prozesse muss auch untersucht werden, wie kurzfristige Bemühungen als Sprungbrett für mittel- und langfristige Bemühungen dienen können oder diese zumindest nicht behindern. Ebenso sollte eingeschätzt werden, wie Bemühungen auf einer Ebene mit denen auf anderer Ebene verknüpft werden können. Dies betrifft zum Beispiel die Frage, wie in einem nationalen Friedensabkommen Grundsätze zu Eigentumsrechten und Gremien zur Landnutzung verankert werden können. Dabei sollte nicht zu sehr ins Detail gegangen werden, damit das entsprechende örtliche Gremium später die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen kann.

Gestaltung des Mediationsprozesses: Im Rahmen der oben dargestellten Friedensprozesse gibt es unterschiedliche Mediationsprozesse. Aus dem Ziel und den Beteiligten ergibt sich, welche Bereiche in dem Mediationsverfahren angegangen werden sollen. Von entscheidender Bedeutung ist die Trennung von Prozess und Inhalt: Die MediatorInnen konzentrieren sich auf den Prozess, die Parteien auf die inhaltlichen Entscheidungen. Wenn in einen durch Mediation strukturierten Friedensprozess Inhalte eingebracht werden sollen, dann idealerweise durch Fachleute des betreffenden Bereichs und in Verknüpfung mit den von den Konfliktparteien aufgeworfenen Themen. Es gibt eine Reihe von Instrumenten, mit denen mehr Verständnis und Optionen für die technische Seite der ökologischen Aspekte entwickelt werden können. Diese Instrumente können in die politisch-technische Interaktion im Rahmen des Mediationsprozesses eingebunden werden. Beispiele für solche Instrumente und Ansätze sind das gemeinsame Feststellen von Fakten, die Einbindung in andere Prozesse, die Erkundung des Erneuerungspotenzials, Grundlagenvereinbarungen, indigene Ansätze sowie Anpassungsvereinbarungen. MediatorInnen müssen keine Experten beziehungsweise Expertinnen für all diese Instrumente und Ansätze sein, sollten aber wissen, wann und wie diese in den Verhandlungsprozess eingebunden werden können.

Rote Linien und Schadensvermeidung: Im Laufe der Zeit haben einige Drittparteien im Hinblick auf verschiedene inhaltliche Themen in Friedensprozessen oder -vereinbarungen rote Linien entwickelt, die sie nicht akzeptieren oder für die sie keine Mittel bereitstellen können. Beispiele dafür sind pauschale Amnestien oder die Verweigerung grundlegender Rechte für Frauen. Auch ökologische Aspekte könnten für bestimmte

Drittparteien zu einer roten Linie werden, zum Beispiel im Zusammenhang mit ihren nationalen oder mit globalen Umweltgesetzen. Sollten die MediatorInnen die Verhandlungsführenden nicht davon überzeugen können, dass ein Abkommen mit solchen Klauseln nicht international anerkannt und unterstützt würde, könnten sie sich aus dem Prozess zurückzuziehen. Aber auch hier gilt der Grundsatz des «Zuhause beginnen»: Solange die OECD-Länder ihre Ziele zur Senkung des CO_2-Ausstosses nicht erreichen, können sie sich schwerlich aus Prozessen zurückziehen, in denen ähnliche Praktiken vereinbart werden.

Umweltbelangen eine Stimme geben – ökologische Wiederherstellung: Damit der erreichte Frieden ökologischer und nachhaltiger ist, müsste Umweltbelangen und den nächsten Generationen in Friedensverhandlungen und politischen Formaten eine Stimme gegeben werden. Dazu wurden bereits verschiedene Ansätze ausprobiert, etwa die Einbeziehung von jungen Menschen, indigenen Bevölkerungsgruppen und religiösen Akteuren. Auch Modellierung kann dazu beitragen, die langfristigen Auswirkungen der ausgehandelten Optionen zu bewerten. Beispiele für eine erfolgreiche Wiederherstellung und Regeneration von Ökosystemen (etwa die Idee einer «Begrünung der Wüste») finden sich in Uganda, China und Äthiopien.[25] Dies ist zwar in Friedensabkommen noch kein zentraler Gedanke, bietet aber möglicherweise einen zukunftsorientierten «*Win-Win*»-Ansatz, der sowohl den Konfliktparteien und ihren Angehörigen als auch dem Ökosystem, in dem sie leben, zugutekommt. Eine ökologische Regeneration zur Bewältigung von Konflikten und des Klimawandels ist besonders wirkungsvoll in ariden und semiariden Gebieten wie im Nahen Osten und in Nordafrika oder der Sahelzone, wo sie zur Wiederherstellung der Bodenproduktivität und des Wasserkreislaufs sowie zur Abfederung extremer Wetterereignisse beitragen kann. Bislang konnten nur kleinere Projekte ihren Wert unter Beweis stellen. Wenn man aber die Vorteile hochrechnet, dürften auch Investitionen in die Regeneration grosser und systemischer Ökosysteme zur Konfliktvermeidung beitragen sowie die Anpassungsfähigkeit und Resilienz der Menschen angesichts des Klimawandels stärken.

Neue Finanzierungsquellen: Der Emissionshandel bietet sich eventuell als neue Finanzierungsquelle für die Friedensarbeit an. Da diese

25 World Bank, «Loess Plateau – China», youtube.com, 14.08.2008 (Video).

derzeit in Finanznöten steckt, könnte die Gelegenheit genutzt werden, um zusätzliche Geldquellen für nachhaltigere und inklusivere Prozesse zu erschliessen. Die entsprechenden Mittel müssten dann wohl zweckgebunden für ökologische Belange oder Schwerpunktbereiche der Friedensförderung eingesetzt werden. Ähnlich wie Entwicklungsgelder mitunter verwendet werden, um insbesondere die Umsetzung von Friedensvereinbarungen zu unterstützen, könnten Mittel aus den CO_2-Märkten der ökologischen Wiederherstellung und einer Stärkung von Gemeinschaften zugutekommen. Die CO_2-Märkte sind jedoch noch nicht vollständig umgesetzt, und die Inanspruchnahme entsprechender Mittel erweist sich für diejenigen Akteure, die sie für umweltorientierte Lösungen nutzen wollen, oft als sehr langwierig und mühsam. Daher muss erforscht werden, wie Mittel aus den CO_2-Märkten erschlossen und für die politische Mediation sowie für die Entwicklungsarbeit zur Bekämpfung umweltbedingter Ursachen von Instabilität und Konflikten genutzt werden können.

Neue Priorisierung der Konflikte: Gegenwärtig orientiert sich bei den meisten OECD-Ländern die Finanzierung der Friedensförderung an aussenpolitischen Kriterien. Diese lassen sich häufig wie folgt einteilen: 1) normative, humanitäre Gründe, 2) komparative Vorteile und historische Beziehungen zu einer Region sowie 3) direkteres nationales Interesse, etwa in wirtschaftlicher, politischer oder sicherheitspolitischer Hinsicht. Der Abbau von Mineralien für grüne Technologien und der Schutz vorrangiger Gebiete für die ökologische Wiederherstellung könnten ebenfalls in die Erwägung einbezogen werden, ob ein Staat sich in der Friedensförderung in einem bestimmten Land engagieren sollte.

Konfliktsensible ökologische Interessenvertretung: Entsprechend dem Fokus des vorliegenden Kapitels richten sich die meisten hier vorgestellten Lösungsansätze an Akteure der Friedensförderung und an politische Entscheidungstragende. Aus den aufgezeigten Zusammenhängen ergeben sich jedoch auch einige Vorschläge für Umweltfachleute. Bei ihrem Einsatz für eine ökologisch sensiblere Politik und Praxis könnten sie von einer Kartierung der Konfliktsensibilität profitieren: Welche Ansätze wirken potenziell polarisierend auf die beteiligten Akteure und aus welchen Gründen? Wie können deren Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven in einer Prozesslogik berücksichtigt werden? Ein solcher konsensorientierter Ansatz könnte eine breitere Zustimmung und

Legitimität für ökologisches Handeln bewirken. Es geht nicht darum, dass UmweltschützerInnen nicht mehr für ihre Überzeugungen kämpfen sollen, etwa für grössere ökologische Integrität. Es geht darum, wie am besten verfahren wird, um die Parteien nicht weiter gegeneinander aufzubringen und die Gesellschaft nicht weiter zu polarisieren.

5. AUSWIRKUNGEN AUF DIE SCHWEIZER FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Welche Auswirkungen haben die oben analysierten Eckpunkte auf die Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik? Im Rahmen ihres bevorstehenden Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat 2023–2024 hat die Schweiz die thematischen Prioritäten der Klimasicherheit und der Förderung des nachhaltigen Friedens gesetzt (siehe Kapitel 3).[26] Ohnehin nennt die Bundesverfassung als aussenpolitische Ziele die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.[27] In der Schweiz ist die Friedensförderung Aufgabe des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), während die Umwelt in den Zuständigkeitsbereich des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) fällt. Wenn es um die klassische «harte» Sicherheit geht, ist das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zuständig. Zugleich sind aber, wie oben ausgeführt, die Förderung des Friedens und die Förderung der Ökologie eng miteinander verbunden. Wir betrachten im Folgenden zwei Implikationen:

Zunächst bedarf es einer Klärung der Begriffe «Sicherheit», «Friedensförderung» und «Ökologie», bevor deren Schnittstellen und die Rollen der verschiedenen Akteure bestimmt werden können: Wo die Schnittstellen von Friedensförderung, Ökologie und Sicherheit liegen, hängt unmittelbar davon ab, wie man diese Begriffe definiert. Die Klärung der Konzepte, ihrer Ziele und Arbeitsansätze ist zentrale Voraussetzung für eine bessere Nutzung ihrer Synergien. Den Begriff «Sicherheit», der in der

26 EDA, «Schweizer Schwerpunkte für den UNO-Sicherheitsrat», eda.admin.ch, 31.08.2022.

27 Bundesrat, *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*.

Schweizer Politikdebatte um Klimawandel, Frieden und Sicherheit häufig auftaucht, wurde noch nicht diskutiert. Eine engere oder breitere Auslegung von «Sicherheit» weist jeweils ihre eigenen Vor- und Nachteile auf. Der Vorteil einer engen Definition von Sicherheit besteht darin, dass die klassischen Sicherheitsinstrumente wie Militär, Polizei und Geheimdienste für neue Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel nicht eingesetzt und mobilisiert werden. Breitere Auslegungen des Begriffs führen tendenziell zu Übergriffen auf Themen, die spezialisierten Politikbereichen überlassen würden. Bei der Frage der Migration legitimiert eine solche Auslegung beispielsweise den Einsatz des Militärs, auch wenn es wohl nicht das geeignetste Instrument zur Bewältigung sein dürfte. Solange sich andere Politikbereiche mit der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung an ihn befassen können, ist es in der Regel sinnvoller, auf deren Expertise und Erfahrung zurückzugreifen. Im Kontext der Schweiz auf das EDA in der Friedensförderung und auf das UVEK im Bereich des Umweltschutzes.

Die Schweiz kann beim Hinarbeiten auf eine friedlichere und ökologischere Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Eine breiter gefasste Definition von Sicherheit, die auch die menschliche und ökologische Sicherheit einschliesst, hat allerdings den Vorteil, dass zusätzliche Aufmerksamkeit und Ressourcen mobilisiert werden können. Wenn eine solche, breiter gefasste Auslegung von Sicherheit zugrunde gelegt wird, sollte dies auch mit neuen Instrumenten einhergehen, anstatt ein existierendes, wie zum Beispiel das Armeebudget, aufzustocken. So eine Definition von Sicherheit in diesem Kontext ist also nur dann sinnvoll, wenn sie mit einem vermehrten Einsatz nicht klassischer Sicherheitsinstrumente zur Bewältigung der Herausforderungen einhergeht. Hier ist eine stärkere Förderung von Umweltschutz und Frieden sowie Expertise und Ressourcen zu nennen. Bei einem enger gefassten Verständnis erfordern die neuen Herausforderungen durch den Klimawandel zwar ebenfalls zusätzliche Expertise und Ressourcen, müssen aber nicht unter dem «Dach» der Sicherheit eingeordnet werden. Die wichtigste Erkenntnis lautet, dass eine eng oder breit gefasste Definition von Sicherheit nicht die entscheidende Frage ist. Vielmehr muss klarer werden, was mit den Begriffen gemeint ist, wie die zukünftigen

Bedrohungen eingeschätzt werden und welche Mittel es braucht, um ihnen zu begegnen (zum Beispiel durch das EDA oder das UVEK).

Zweitens: Klarheit über die Rolle des Schweizer Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat im Besonderen und in der UNO im Allgemeinen. Der UNO-Sicherheitsrat ist aufgrund geopolitischer Rivalitäten mehr denn je blockiert. Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Schweizer Diplomatie darin, die in der Vergangenheit erzielten Erfolge in den Bereichen Umwelt und Friedensmediation zu sichern, anstatt eine Debatte zu eröffnen, die zu Rückschritten im UNO-Sicherheitsrat führen und die Errungenschaften zunichtemachen könnte.[28] Wenn ein Ansatz zur Förderung von Ökologie oder Frieden verfolgt wird, ist der Aspekt der Schadensvermeidung zu berücksichtigen. Einige Hauptakteure werden verstärkte umweltbezogene Bemühungen im UNO-Sicherheitsrat vermutlich auch in Zukunft blockieren und dabei argumentieren, dass der UNO-Sicherheitsrat ausschliesslich für harte Sicherheitsfragen zuständig sein sollte. Zusammenhänge zwischen «harter» Sicherheit und Klimakrise werden dabei ausgeblendet. Ferner sollten verschiedene Aspekte der Umwelt- und Friedensmediation tatsächlich besser anderen UNO-Einrichtungen wie ihrem Umweltprogramm UNEP, ihrem Entwicklungsprogramm UNDP oder dem Generalsekretär und seinen Gesandten und Sonderbeauftragten überlassen werden.

Im derzeitigen polarisierten globalen Kontext könnte eine Blockade des UNO-Sicherheitsrats bedeuten, dass eher Gesandte und Sonderbeauftragte mit weniger Machtbefugnissen ernannt werden, die sich stärker auf Vermittlungsmethoden und die Zustimmung der Parteien verlassen müssen als auf die Durchsetzungskraft einer Friedensmacht. Dies könnte dazu führen, dass die UNO in den kommenden Jahren einen konsensorientierten Mediationsansatz verfolgt, der dem vermittelnden Stil kleiner Länder wie der Schweiz näher kommt. Deshalb könnte die Beantwortung der folgenden Fragen dem Schwerpunkt, den die Schweiz während ihres Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat auf Umwelt und Mediation legen möchte, zugutekommen: 1) Was kann unter den derzeitigen Umständen im UNO-Sicherheitsrat zu diesen Themen erreicht bzw. nicht erreicht werden? 2) Wie können die Themen auf sinnvolle

28 ND Keough School of Global Affairs, «Mandating Peace: Enhancing the UN Security Council's Approach to Mediation», youtube.com, 15.03.2021.

Weise miteinander verknüpft werden, ohne dass es in einem der beiden Bereiche zu Blockaden kommt? In diesem Zusammenhang können die Fragen, wie sich der Wettlauf um Mineralien für grüne Technologien regulieren lässt und welche Gebiete bei einer ökologischen Wiederherstellung für die globale Klimastabilität zu priorisieren sind, neue Blickwinkel eröffnen; 3) Was können andere UNO-Einrichtungen in diesen Bereichen leisten, und wie kann die Schweiz diese Themen in den kommenden zwei Jahren so voranbringen, dass eine solide Grundlage entsteht, auf der dann weiter aufgebaut werden kann? 4) Wo kann und soll die Schweiz ausserhalb des Systems der Vereinten Nationen den Fokus auf Umwelt und Mediation legen? Schliesslich findet die Schweizer Aussenpolitik im Bereich Umwelt und Friedensmediation nicht nur in der UNO, sondern auch in anderen Formaten und bilateralen Engagements statt. 5) Wie können die Jahre im UNO-Sicherheitsrat genutzt werden, um die institutionenübergreifende Zusammenarbeit in der Bundesverwaltung zu stärken (zum Beispiel der sogenannte Triple-Nexus zwischen Humanitäre Hilfe, Friedensförderung und Entwicklung,[29] plus Umwelt)? Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) verfügt über Erfahrungen in der Wasserdiplomatie, zum Beispiel im Rahmen der *Blue-Peace-Initiative*[30], und die Abteilung Frieden und Menschenrechte des EDA weist in zahlreichen Gebieten Mediationserfahrung auf. Es stellt sich also die Frage, wie diese Expertise genutzt, verknüpft und erweitert werden kann.

6. FAZIT

Einerseits enthalten die obigen Ausführungen eine alarmierende Botschaft: Fehlende Bemühungen um Frieden und Umweltschutz schaden nicht nur denjenigen Menschen, die in entlegenen, fragilen Kontexten und Konfliktzonen leben, sondern der gesamten Menschheit. Gleichzeitig vermitteln sie auch eine Botschaft der Hoffnung: Die gegenseitigen Abhängigkeiten und der gemeinsame «Feind», nämlich die Zerstörung des Lebens auf diesem Planeten, können bewirken, dass die Völker

29 Fritz Brugger / Joane Holliger / Simon Mason, «Triple Nexus in Fragile Contexts: Next Steps», in: *CSS Policy Perspectives* Vol. 10/9 (2022).

30 EDA, «Blue Peace: Wasser als Instrument für den Frieden», eda.admin.ch, 23.12.2021.

und Staaten gemeinsam auf eine friedlichere und ökologischere Zukunft hinarbeiten. Die Schweiz kann eine wichtige Rolle spielen, diese Botschaft der Hoffnung in konkrete politische Aktionen umzusetzen. Um dieser Rolle besser gerecht zu werden, sollte sie die Schlüsselkonzepte, Rollen und Zuständigkeiten klären und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren verbessern, damit diese miteinander verknüpften Themen gemeinsam angegangen werden können.